

II- 4244 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 16. MAI 1975

No. 2105/J
A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. BLENK, STOHS, HAGSPIEL
und Genossen
an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung
betreffend die Einbeziehung von körperlich und geistig
Behinderten in die Sozialgesetzgebung

Nach Schätzungen und teilweise Statistiken sind rund 3 % der Bevölkerung geistig oder körperlich behindert. Die Bemühungen um die Integration vor allem der geistig Behinderten in die Gesellschaft haben in den letzten Jahren allgemein an Intensität zugenommen. Dabei haben sich besonders verschiedene private Institutionen, weitgehend unterstützt von der öffentlichen Hand, materiell und ideell in großer Selbstlosigkeit dieser Probleme angenommen. Eine dieser auf privater Hilfsbereitschaft aufbauenden, von der Öffentlichkeit jedoch seit langem unterstützten Vereinigungen ist die "Lebenshilfe", die - in Landesvereinigungen gegliedert und in einen gesamtösterreichischen Dachverband zusammengefaßt - sich der Betreuung, vor allem aber der Ausbildung und optimalen beruflichen Eingliederung der geistig Behinderten annimmt. Erst vor wenigen Tagen wurde - maßgeblich und dankenswert unterstützt durch beträchtliche Zuschüsse des Bundesministeriums für soziale Verwaltung - in Batschuns in Vorarlberg eine nach modernsten Erkenntnissen eingerichtete Anlernwerkstätte für geistig Behinderte eröffnet. In diesem Zusammenhang wurde neuerdings die Frage einer Miteinbeziehung der körperlich und vor allem geistig

- 2 -

Behinderten in die Sozialgesetzgebung aufgeworfen. Erfreulicherweise wurden bereits mit Unterstützung des Landesarbeitsamtes für Vorarlberg beträchtliche Arbeitsmarktförderungs-Mittel für die berufliche Ausbildung geistig Behinderter flüssig gemacht. Offen aber ist u.a. noch die Frage der Einbeziehung der Behinderten in das ASVG. Für die Zeit der Minderjährigkeit besteht zwar die Mitversicherungsmöglichkeit über den Kindesvater, im Erwachsenenalter aber ist lediglich noch die Möglichkeit des Bezuges einer Waisenrente offen. Eine autonome Einbeziehung der Behinderten in die ASVG-Regelung wäre zeitgemäß und wünschenswert.

Aus diesem Grunde stellen die gefertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

- 1) Sind Sie bereit, zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen Behinderte - unter Berücksichtigung ihrer besonderen Lebenssituation - in den Kreis der Versicherten nach dem ASVG einbezogen werden können ?
- 2) Sind Sie bereit, Vorschläge auszuarbeiten, nach denen besondere Leistungen für Behinderte - wie etwa heilpädagogische und medizinische Maßnahmen - ebenfalls direkt über das ASVG abgedeckt werden können und nicht nur - wie jetzt - im Rahmen der sozialen Fürsorgebestimmungen ?